

# Angeregte Fusion Cottbus-Spree-Neiße bleibt umstritten

SPD-Kommunalpolitiker regen erneut den Verlust der Kreisfreiheit für Cottbus an / Eine Umfrage unter Kommunal-Chefs

**Region (mk).** Aus zwei mach eins. Das ist derzeit ein beliebtes Motto der Brandenburger Landesregierung. Die Förderschulen gehen in den Oberschulen auf, Hochschule Lausitz und BTU fusionieren und aus zwei Berliner Flughäfen wird einer für Berlin und Brandenburg. Auf dem Landesparteitag der SPD in der vergangenen Woche hielten Kommunalpolitiker noch einen weiteren Zusammenlegungsvorschlag bereit: Cottbus soll seinen Status als kreisfreie Stadt verlieren und im Spree-Neiße-Kreis aufgehen. Die Lausitzer Heimatzeitung fragte die Lokalpolitiker von Cottbus und Spree-Neiße.

**Frank Szymanski** (Oberbürgermeister Cottbus): „Ich finde es nicht gut, wenn die kreisfreie Stadt Cottbus und der Spree-Neiße-Kreis künftig zu einem Landkreis werden, weil die Kreisfreiheit für die Städte ein wichtiges Gut ist. Cottbus wird in den kommenden Jahren die positive Stadtentwicklung fortsetzen und die interkommunale Zusammenarbeit mit den Nachbarn intensivieren.“

**Harald Altekrüger** (Landrat



Spree-Neiße): „Die Frage, dass Cottbus zum Spree-Neiße-Kreis gehören kann, stellt sich derzeit für mich nicht. Wir bereiten im Moment eine Kooperation vor.“

**Fred Mahro** (amtierender Bürgermeister Guben): „Ich fände es gut, wenn Cottbus und Spree-Neiße künftig ein Landkreis wären, weil die Region dann mit einer Stimme spricht und die Zusammenlegung bestimmt auch Steuergelder spart!“



**Kerstin Lichtblau** (stellvertretende Amtsdirektorin Amt Peitz): „Demografischer Wandel und leere Kassen zwingen die kommunale Gemeinschaft, über einen Strukturwandel nachzudenken. Parallel werden im Rahmen interkommunaler

Zusammenarbeit Synergieeffekte im Verwaltungshandeln erzielt. Die Defizite im Finanzbereich sind bei den Beteiligten erheblich. Eine weitere Belastung der von einem Zusammenschluss betroffenen Ämter, Städte und Gemeinden ist nicht akzeptabel.“



**Günter Quader** (Amtsdirektor Amt Döbern-Land): „Ich finde den Vorschlag gut, da Cottbus ohnehin schon in der Mitte des Kreises liegt. Geografisch gehören beide zusammen. Vorher müssen aber die finanziellen Probleme ausgeglichen werden. Finanzielle Lasten kann der Spree-Neiße-Kreis nicht hinnehmen.“



**Ulrich Noack** (Amtsdirektor Amt Burg): „Ich finde es nicht gut, wenn Cottbus und Spree-Neiße künftig zu einem Landkreis werden, weil mit einer entsprechenden Größe nicht unbedingt eine Effizienzsteigerung verbunden ist. Vielmehr sollten kurze Entscheidungs-

wege sowie räumliche und persönliche Nähe zum Bürger im Vordergrund stehen. Ich plädiere aber sehr dafür, dass man bestimmte Aufgaben über Kooperationsvereinbarungen mit anderen Kommunen gemeinsam regelt.“

**Dr. Jürgen Goldschmidt** (Bürgermeister Forst): „Cottbus sollte kreisfrei bleiben, da die Stadt mit 100 000 Einwohnern und der vollständigen Infrastruktur die Bedingungen für eine Kreisfreiheit erfüllt.“



**Dieter Perko** (Bürgermeister Gemeinde Neuhausen/Spree): „Ich fände es gut, wenn Cottbus und Spree-Neiße künftig ein Landkreis werden, da die demografische Entwicklung mit Blick auf 2030 effektive Verwaltungsstrukturen erfordert, Sparzwänge diesen Schrittbereichen und der Status quo kreisfreie Stadt Cottbus den Bürgern keinen tatsächlichen Vorteil gegenüber einer kreisangehörigen Stadt bringt.“

**Dr. Klaus-Peter Schulze** (Bürgermeister Spremberg): „Ich befürworte den Vorschlag, da die demografische Entwicklung auf lange Sicht keine zwei Verwaltungen rechtfertigen wird. Allerdings sind dazu mindestens zwei Voraussetzungen zu erfüllen. Die Verschuldungsprobleme der Stadt und des Landkreises sind durch das Land zu lösen und die Bürger sind in den Prozess eng einzubeziehen.“



**Fritz Handrow** (Bürgermeister Gemeinde Kolkwitz): „Der Vorschlag hätte den Vorteil, dass das Gezerre um das Oberzentrum aufhören würde, ohne dass sich etwas am Status ändert. Andererseits spricht dagegen, dass es zu viele offene Probleme gibt und solch ein Schritt auch zu Identitätsverlusten der Einwohner führen kann. Es müssen Voraussetzungen geschaffen werden, die fünf bis zehn Jahre brauchen.“

Fotos: CGA-Archiv, Ämter (3)